

Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 25. November 2023 in Kassel

Grundsätzlich kommunal

Die CDU Deutschlands gibt sich ein neues Grundsatzprogramm. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU erwartet vom neuen Grundsatzprogramm der CDU ein klares Bekenntnis für starke kommunale Strukturen und eine starke kommunale Selbstverwaltung in Deutschland. Gerade in Krisen hat sich gezeigt, welche Kraft die Kommunen entwickeln können und wie stabilisierend dezentrale Strukturen wirken. Dies muss in allen Bereichen eine Abkehr vom Kurs der Zentralisierung, der Schaffung immer neuer Mischzuständigkeiten und von Gemeinschaftsaufgaben bedeuten. Wir brauchen eine Dezentralisierungsstrategie, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie eine echte Finanzautonomie der Kommunen. Es ist eben nicht egal, ob Bürger wissen, wer für was zuständig ist; für den Erfolg und das Funktionieren unseres Gemeinwesens und der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung klare Verantwortlichkeiten zuzuweisen.

Für unsere Kommunen und die Menschen, die sich dauerhaft und langfristig in der kommunalen Selbstverwaltung engagieren, sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich das Engagement lohnt und Wertschätzung erfährt sowie weitreichende Freiräume für die jeweils passenden Lösungen entstehen. Dazu gehört an erster Stelle eine angemessene Finanzausstattung. Die sog. „Freie Spitze“ darf kein Luxus sein, sondern konstitutiver Bestandteil von Selbstverwaltung. Kommunen müssen finanzielle Mittel zur freien Verfügung haben, damit kommunale Amts- und Mandatsträger aktiv vor Ort gestalten können. Wir müssen weg kommen von der Bevormundung durch Goldene Zügel, Förderprogramme und dem direkten Bundeseingriff.

Aus dem christlichen Menschenbild heraus gestalten wir unsere Politik auch vor Ort. Wir vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Wir setzen auf Familien und Strukturen, in denen Menschen langfristig Verantwortung für sich und andere übernehmen. Wir wollen eine starke kommunale Selbstverwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich beeinflussen und gestalten können. Dies muss sich mehr als bisher in konkreter Politik wiederfinden. Statt Rechts- und Leistungsansprüche des Einzelnen brauchen wir Rahmenbedingungen, die unterschiedliche Lebensvorstellungen und Konzepte vor Ort ermöglichen.

Kommunale Selbstverwaltung ist im Vergleich zu den Ländern, dem Bund und der EU durch zusätzliche Bürgerbeteiligungsinstrumente und Persönlichkeitswahlen am weitesten demokratisch legitimiert. Dahinter steht die Auffassung, dass die Menschen die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten können. Die Menschen sind direkt mit den Problemen konfrontiert und suchen nach ihren maßgeschneiderten Lösungswegen. Dieser kommunale „Lösungswettbewerb“ auf Grundlage der Subsidiarität fördert neue Entwicklungen und verleiht der kommunalen Politik eine besondere Innovationskraft. Dazu muss sich die CDU wieder stärker bekennen.

In diesem Sinne erwarten wir von den Arbeitsgruppen und dem Grundsatzprogramm der CDU insgesamt, dass sie sich einen grundsätzlichen Prüfmechanismus auferlegen und jeweils klären, ob die kommunale Selbstverwaltung im Kern respektiert und gestärkt wird.

Wir bieten für das Grundsatzprogramm der CDU folgende Bausteine:

- Für uns ist der Artikel 28 des Grundgesetzes, die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung kein Lippenbekenntnis: Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärker nutzen, um unsere Kommunen besser vor dem Durchgriff der EU zu schützen. Auch auf Bundesebene wollen wir eine Subsidiaritätsprüfung etablieren, so dass vor Gesetzesvorhaben die Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzuges auf die kommunale Selbstverwaltung besser abgeschätzt werden.
- Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen: Wir werden besser regieren und uns dafür einsetzen, die Kommunen besser in die Gesetzgebung einzubinden. Wir werden in den Geschäftsordnungen der Bundesministerien die rechtzeitige kommunale Beteiligung verpflichtend einführen und beachten. In der Bundesregierung werden wir die Bund-Länderkoordinierung durch die Einbeziehung der kommunalen Belange ergänzen.
- Wir wollen eine bessere Entflechtung von Zuständigkeiten und Mischfinanzierungen mit dem Ziel klarer Verantwortung und mehr kommunaler Gestaltungsmöglichkeit. Die Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung im Jahre 2006 war der richtige Weg; auf diesen Pfad wollen wir zurückkehren. Falls es dazu einer neuen Föderalismuskommission bedarf, müssen die Kommunen mit Sitz und Stimme beteiligt werden. Kommunale und staatliche Aufgaben müssen wir dabei auch hinsichtlich der notwendigen Digitalisierung auf den Prüfstand stellen.
- Nur mit soliden Finanzen gelingt Demokratie vor Ort: Wir werden die Finanzautonomie der Kommunen stärken und den kommunalen Gestaltungsrahmen für eigene kommunale Steuern erweitern. Wir wollen eine faire, auskömmliche Zuweisung von Mitteln aus dem Steueraufkommen an die Kommunen, ein Hebesatzrecht auf die Gewerbe-, die Einkommen-, und die Grundsteuer. Wir wollen vor Ort den Bürgerinnen und Bürgern mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, damit die Selbstverwaltung, die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt werden. Wir wollen die besten Bedingungen für die Wirtschaft vor Ort. Die Gewerbesteuer knüpft das Band zwischen der Wirtschaft und den Einwohnern mit einer breiten Bemessungsgrundlage. Wir wollen die Gewerbesteuer vereinfachen und zu einer örtlichen Unternehmenssteuer weiterentwickeln. Wir wollen zukünftige kommunale Anteile an der Umsatzsteuer stärker einwohnerbezogen verteilen, um allen Kommunen eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.
- Die kommunale Daseinsvorsorge macht unser Land stark: Wir wollen langfristig die Infrastruktur in öffentlicher Hand und einen fairen Wettbewerb bei der Nutzung dieser Infrastruktur. Infrastruktur muss kontinuierlich erneuert, ausgebaut oder angepasst werden. Der Investitionsbedarf dafür ist enorm und zu sehr von der Kassenlage und den Zinsbedingungen abhängig. Wir wollen langfristig bessere Instrumente, um mehr Investitionen in die Infrastruktur zu günstigen Konditionen für die Kommunen sicherzustellen.

-
- Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine grundlegende hoheitliche Aufgabe: Wir wollen eine starke Präsenz der Polizei auch im ländlichen Raum, eine bestmögliche Ausstattung und fordern den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt ein. Wir stehen an der Seite der Polizistinnen und Polizisten, der Feuerwehren, der Sanitäter und Helferinnen und Helfer in den Blaulicht-Organisationen. Wo immer es nötig ist, unterstützen wir eine Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste.
 - Deutschland ist Einwanderungsland und braucht qualifizierte und integrierte Zuwanderer: Wir wollen die qualifizierte Einwanderung erleichtern, beschleunigen und die Integration von Anfang an auch bereits in den Herkunftsländern verbessern.
 - Dies ist vom Asylrecht und dem subsidiären Flüchtlingsschutz klar zu trennen. Dafür müssen klare Regeln gelten und eingehalten werden. Wir wollen die Migration begrenzen, ordnen und besser steuern und wollen illegale Zuwanderung verhindern. Dies sichert die Aufnahme von Schutzbedürftigen und die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung.
 - Klimaschutz und Klimaanpassung finden vor Ort statt: Gemeinden, Städte und Landkreise müssen beispielsweise Konzepte entwickeln, wie in Zukunft im Mikroklima Temperaturen gesenkt, der Wasserhaushalt ausgeglichen bleibt, Ackerland genutzt, Grün- und Waldflächen erhalten oder ausgebaut werden. Deshalb wollen wir Klimaschutz und Klimaanpassung in die Raum- und Regionalplanung integrieren.
 - Wir wollen, dass sich die Europäische Union auf die Kernkompetenzen konzentriert. Wir werden überbordende Vorgaben der EU und des Bundes wirksam zurückführen und die Bürokratie abbauen und insbesondere das Vergaberecht verschlanken. Dazu wollen wir ein Moratorium, eine Evaluation der bisherigen Vorgaben und deren Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten.
 - Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und die Ballungsräume entlasten. Dies geht durch den Ausbau der Verkehrswege und des ÖPNV, der Bereitstellung von Glasfaser in jedem Haus, bester Infrastruktur und Daseinsvorsorge und neuer kultureller Angebote im ländlichen Raum. Wir wollen eine umfassende Dezentralisierungsstrategie in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Dienst, der Wirtschaft und den Unternehmen.
 - Wir wollen schneller die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Digitalisierung zur Optimierung von dezentralen Verwaltungsprozessen einsetzen. Dazu werden wir den elektronischen Personalausweis bzw. Aufenthaltstitel für den Zugang zu Behörden, Anträge und Leistungen der öffentlichen Hand weiterentwickeln, damit die Menschen ihre Daten nur einmal eingeben und zur weiteren Verwendung anderen Behörden, öffentlichen Stellen aber auch Unternehmen freigeben können. Wir wollen eine europaweit gültige bzw. kompatible digitale Unterschrift.
 - Wir wollen Hass, Anfeindungen und Verwahrlosungen im digitalen Raum wirksam Einhalt gebieten. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass jeder Nutzer eine eindeutig identifizierbare IP-Adresse erhält. Wie beim Kennzeichen im Straßenverkehr oder bei der Nutzung von SIM-Karten, muss klar und schnell nachvollziehbar sein, wenn es digital Gesetzesüberschreitungen gibt.
 - Wir wollen, dass auch in Zukunft Menschen im hohen Alter in der Stadt und auf dem Land möglichst lange selbstbestimmt zuhause leben können, ohne immer weiter zu vereinsamen. Dazu sollten die Menschen rechtzeitig auch finanziell vorsorgen,

Wohnungen und Häuser altersgerecht modernisieren und auf ein unterstützendes Netzwerk zurückgreifen können. Dies kann durch steuerliche Sonderabschreibungen, einfache KfW-Förderprogramme und durch die bessere städtebauliche Berücksichtigung erreicht werden.

- Wir wollen die aktive Bürgergesellschaft, das Ehrenamt, das Vereinswesen, die örtliche Kultur und das Heimatgefühl stärken, um unsere Gesellschaft wieder besser zusammenzuhalten und spaltenden Tendenzen entgegenzuwirken. Dazu wollen wir Vereine von bürokratischen Vorgaben entlasten und die Möglichkeiten von sozialversicherungsfreier Beschäftigung erweitern. Der Aushöhlung der repräsentativen Demokratie setzen wir mehr Bürgerbeteiligung in den Verfahren entgegen. Gerade die Kommunale Selbstverwaltung orientiert sich am Gemeinwohl und nicht an der Durchsetzung von Partikularinteressen. Jeder gewählte kommunale Amts- und Mandatsträger der Union versucht alle Interessen zu würdigen und setzt sich im Zweifel auch für diejenigen ein, die von keiner organisierten Interessenvertretung berücksichtigt werden.
- Wir wollen in Stadt und Land die gesundheitliche Versorgung, insbesondere auch die Notfallversorgung und einen funktionierenden öffentlichen Gesundheitsdienst sicherstellen und den Kommunen bessere Steuerungsmöglichkeiten einräumen.
- Wir wollen die Zuständigkeiten und die Finanzierung für Kinderbetreuung, für Bildung und Erziehung neu austarieren. Bildung hat für uns hohe Priorität. Qualitätsstandards, die von Bund und Ländern gesetzt werden, müssen von dort auch finanziert werden. Wir wollen, dass sich die bestehenden Rechtsansprüche an die Länder richten, damit die baulichen Voraussetzungen geschaffen, eine auskömmliche Personalausstattung und Finanzierung sichergestellt werden.
- Wir wollen eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose und deren Familien und gemeinnützige kommunale Beschäftigung verbindlich anbieten und finanzieren.
- Wir wollen die soziale Sicherung einschließlich wirksamer präventiver Jugendhilfe zukünftig bezahlbar gestalten und so die zuständigen Kommunen handlungsfähig halten. Soziale Teilhabe bedeutet für uns nicht in erster Linie eine Geldleistung, sondern Partizipation, die insbesondere Kindern und Jugendlichen Chancen im Sinne eines Aufstiegs durch Bildung eröffnen.

Die Gesellschaft in unserem Land verändert sich kontinuierlich. Der Wandel zeigt sich im Wesentlichen bei der Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung, den sozialen und familiären Strukturen, den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen und in der globalen Vernetzung und der europäischen Einbindung. Die CDU muss diese zentralen Herausforderungen annehmen und mit ihrem Grundsatzprogramm aktuelle Antworten geben; damit auch in Zukunft unsere Gemeinden, Städte und Landkreise leistungsfähig und krisensicher bleiben und Menschen in kommunaler Selbstverwaltung unser Land am Laufen halten.